

«Vor den grösseren Reformen stehen wir erst noch»

Die Souveränitäts-Feierlichkeiten sollen für die Bevölkerung Anlass sein, sich zu vergegenwärtigen, wie erfolgreich Liechtenstein in den vergangenen 200 Jahren seinen eigenen Weg gegangen ist. Dazu hat es oft Mut zu unkonventionellen Lösungen gebraucht. Nach Ansicht von Erbprinz Alois von und zu Liechtenstein darf man aber nicht auf den Lorbeeren der Vergangenheit ausruhen. Gerade in den nächsten Jahren werden grössere Reformen notwendig, um auch in Zukunft seinen eigenen Weg erfolgreich gehen zu können.

Mit Erbprinz Alois von und zu Liechtenstein sprach Günther Fritz (Vaterlandmagazin)

Durchlaucht, inwieweit finden Sie es richtig und wichtig, dass Liechtenstein in diesem Jahr seine 200-jährige Souveränität gebührend feiert?

Erbprinz Alois von und zu Liechtenstein: Es ist grundsätzlich sinnvoll, als Kleinstaat immer wieder darauf hinzuweisen, dass man souverän ist. Dazu ist so ein Jubiläum ein guter Anlass. Welchen Umfang die Feierlichkeiten haben sollen und wie viele Finanzmittel man dafür einsetzen muss, kann natürlich hinterfragt werden.

Welches Zeichen will Liechtenstein mit seinen verschiedenen Feierlichkeiten zu 200 Jahre Souveränität nach aussen und nach innen setzen?

Es ist eine gute Gelegenheit, andere Staaten darauf hinzuweisen, dass man als eigenständiger Staat nicht erst seit kurzer Zeit erfolgreich tätig ist, sondern dass es uns schon lange gibt. Wir haben unsere Souveränität in einigen kritischen Zeitperioden der Geschichte erfolgreich bewahren können. Nach innen ist es ein Ansporn, sich zu überlegen, was uns in den ganzen Wirren der Geschichte erlaubt hat, unabhängig zu bleiben. Daraus kann man sicher etwas für die Zukunft mitnehmen. Ich finde diesen Zeitpunkt geeignet, darüber nachzudenken, was es angesichts der anstehenden Herausforderungen brauchen wird, um auch in Zukunft erfolgreich unseren eigenen Weg gehen zu können.

Wie souverän ist Liechtenstein heute nach aussen?

Nach aussen sind wir so souverän wie nie zuvor. Die Souveränität wurde vor allem durch den UNO-Beitritt zusätzlich abgesichert. Zwar kann Liechtenstein verschiedenste Herausforderungen, die heute an die Gesellschaft gestellt werden, nur im internationalen Rahmen lösen. Ich denke dabei zum Beispiel an viele Sicherheits-, Verkehrs- oder Umweltfragen, die selbst wesentlich grössere Staaten nur im internationalen Kontext lösen können. Bei den meisten Fragen ist aber immer noch der Nationalstaat und damit Liechtenstein der Hauptadressat.

Der Druck vom Ausland im Zuge der Geldwäscherei-Vorwürfe vor gut sechs Jahren hat gezeigt, dass die eigene Gestaltung der Rahmenbedingungen an Grenzen stösst. Wie souverän ist Liechtenstein grundsätzlich bei seiner staatlichen Selbstorganisation?

Es gab immer schon Druck von aussen. Das ist meiner Ansicht nach aber nicht etwas, das für Kleinstaaten typisch wäre. In Fragen des Finanzplatzes hat es schon wesentlich grössere Staaten gegeben, die Druck erfahren mussten. Erfolgreiche Finanzplätze wie Liechtenstein sind immer einem Druck der Hochsteuerländer ausgesetzt. Ich glaube, da müsste man schon eine Supermacht sein, um keinem Druck ausgesetzt zu sein.

Ins Schussfeld der internationalen Kritik gerät Liechtenstein immer wieder durch seine eigene Steuerpolitik. Wie notwendig ist für Sie eine Steuerreform und in welche Richtung soll sie gehen?

Wir haben zwar ein relativ gutes Steuersystem, doch der internationale Standortwettbewerb ist wesentlich verschärft worden. Es gibt mittlerweile Staaten, deren Steuersysteme in bestimmten Bereichen weit attraktiver sind. So haben wir kein gut durchdachtes, in sich logisches Steuersystem. Unser Steuersystem zeichnet sich vor allem dadurch aus, dass wir niedrige Steuern haben und den besonderen Gesellschaften attraktive Bedingungen bieten. Entscheidend war auch, dass wir über lange Zeit das Steuersystem in seinen Grundzügen nicht geändert und damit eine grosse Planungssicherheit geboten haben. Dies ist aber nicht ein Merkmal unseres Steuersystems selbst, sondern wie wir mit dem Steuersystem umgehen.

Ich glaube, dass wir in Zukunft mehr brauchen, um wettbewerbsfähig zu sein. Daher sollten wir darüber nachdenken, welches das weltweit beste System ist und wie wir es in Liechtenstein einführen können. So könnten wir einen grossen Schritt nach vorne gehen, damit wir dann hoffentlich wieder über Jahrzehnte hinweg Planungssicherheit garantieren können.

Ins Visier nehmen die Hochsteuerländer vor allem das liechtensteinische Bankkundengeheimnis. Wie sehen Sie die Chancen, diese wichtige Rahmenbedingung für den Finanzplatz langfristig abzusichern?

Es ist weiterhin ein berechtigtes Anliegen der Kunden, sich auf ein Bankgeheimnis zum Schutz ihrer Privatsphäre verlassen zu können. Dies sollten wir auch in Zukunft sicherstellen können. Wir werden aber nicht mehr bei allen Ansuchen in Steuerfragen die Rechtshilfe verweigern können. Dies haben nicht zuletzt wieder die Verhandlungen mit der EU über den Beitritt zu Schengen-Dublin gezeigt. Bei Mehrwertsteuerbetrügereien mit viel krimineller Energie und ähnlichen Fällen werden wir in Zukunft Rechtshilfe geben müssen.

Was wird sich für den Finanzplatz Liechtenstein bei einem eigenständigen Beitritt zu Schengen-Dublin ändern?

Bei einem Beitritt zu Schengen-Dublin würde die Rechtshilfe beim Steuerbetrug kommen.

Für welche Rahmenbedingungen soll die Wirtschaftspolitik sorgen, damit die liechtensteinische Volkswirtschaft weiter wachsen kann? Soll sie überhaupt wachsen?

Wir müssen der Wirtschaft weiter eine Wachstumsperspektive geben. Sehen die Wirtschaftsführer keine solche in Liechtenstein, werden sie schnell in andere Staaten

umschichten. Die Folge wäre nicht nur, dass wir kein starkes Wachstum mehr haben, sondern eine solche Entwicklung könnte sich sehr schnell in ein negatives Wachstum verwandeln.

Vor diesem Hintergrund ist es wichtig, dass wir weiterhin für sehr gute Rahmenbedingungen sorgen. Zu solchen Rahmenbedingungen gehören zum Beispiel eine hervorragende ausgebildete Bevölkerung und ein attraktives Steuersystem. Zu guten Rahmenbedingungen gehört generell, die Gesetze so auszugestalten, dass sie die Wirtschaft nicht unnötig belasten. Wichtig erscheint mir auch ein direkter Draht zwischen Regierung, Verwaltung und Wirtschaft, damit die staatlichen Behörden möglichst schnell entscheiden können und das Wirtschaftsleben nicht unnötig aufhalten.

Die laufende Rechnung 2005 schliesst mit einem Ertragsüberschuss von 39 Mio. Franken ab. Budgetiert war hingegen ein Defizit von 17 Mio. Franken. Inwieweit lässt angesichts der guten Finanzlage der politische Druck wieder nach, Reformen zur Stabilisierung des Staatshaushaltes wirklich anzupacken?

Reformen sind oft leichter umzusetzen, wenn das Umfeld schwieriger ist und man sozusagen in der Not dazu gedrängt wird. Wir dürfen uns aber bezüglich der laufenden Rechnung 2005 keine falschen Vorstellungen machen. Die langfristigen Trends, was die staatlichen Einnahmen und Ausgaben betrifft, sind deutlich. Wenn wir so weitermachen, werden auch sehr starke Jahre wie das letzte, das von einem guten Börsenverlauf positiv geprägt war, nicht mehr helfen, ein ausgeglichenes Budget zu erreichen.

Daher sollten wir die Reformen jetzt durchführen, wenn dies noch relativ leicht fällt, und nicht in einer schwierigen Zeit, in der es einem dann doppelt hart trifft.

Welche Wege muss das Rad der Reformen noch zurücklegen, damit für Sie der Staat so organisiert ist, um sagen zu können: Jetzt konzentriert sich der Staat wirklich auf seine Kernaufgaben?

Man wird den Staat nicht in einem grossen Schritt auf seine Kernaufgaben konzentrieren können. Man kann zwar allgemein sagen, was jedenfalls Kernaufgaben sind. So werden zum Beispiel die Sicherheit – das heisst Polizei und Justiz – sowie die Vertretung nach aussen immer Kernaufgaben des Staates sein. Auch die Bildung sowie die Sicherstellung eines sozialen Netzes und einer gewissen Infrastruktur werden in einem bestimmten Ausmass zu den Kernaufgaben des Staates gehören. Bei diesen Bereichen muss man sich aber bereits gut überlegen, was die Gemeinden oder Private nicht genauso übernehmen könnten. Die Konzentration auf die Kernaufgaben ist ein langfristiger Prozess, bei dem immer wieder neu hinterfragt werden muss, welche Aufgaben weiter durch den Staat wahrgenommen werden müssen.

Dieser Prozess kann unterstützt werden, indem mehr Transparenz bezüglich der Erfüllung der Staatsaufgaben geschaffen wird. Dabei könnte eine unabhängigere Finanzkontrolle bzw. ein unabhängiger Rechnungshof helfen. Hilfreich ist aber auch durch Entflechtungen wie zwischen Land und Gemeinden klare Zuständigkeiten und Verantwortlichkeiten zu schaffen.

Wir realistisch schätzen Sie die politische Umsetzung in Bezug auf die Schaffung eines unabhängigen Rechnungshofes ein?

Ich hoffe schon, dass der Wert einer unabhängigen Finanzkontrolle oder eines unabhängigen Rechnungshofes gesehen wird. Jedes besser geführte, grössere Unternehmen verfügt über eine

interne Revisionsstelle. Eine solche ist aber nur erfolgreich, wenn sie im Unternehmen unabhängig vom Management operieren kann. Daher wäre es auch im Staat wichtig, dass eine möglichst unabhängige Finanzkontrolle ihre Empfehlungen sachgerecht und nicht aufgrund politischer Einflussnahme abgibt und Missstände klar zur Sprache bringt.

Und damit auch präventiv wirken soll?

Auch da sehe ich die Parallele zur Wirtschaftswelt. Der wesentliche Vorteil einer guten internen Revisionsstelle besteht gerade in der präventiven Wirkung. Wenn alle wissen, dass es eine gute Kontrollinstanz gibt, werden sie sich gleich anstrengen, Missstände zu vermeiden sowie Vorhaben besser zu planen und durchzurechnen, um sich nicht der Kritik einer internen Revision auszusetzen. Allein schon dadurch, dass die Institution vorhanden ist, kann viel Positives bewirkt werden.

Wie geht nach Ihrer Beurteilung die Regierungs- und Verwaltungsreform voran?

Die Regierung ist dabei, ein Staatspersonalgesetz zu schaffen. Dieses Gesetz bildet meiner Ansicht nach auch die Voraussetzung, um mehr Flexibilität für weitere Verwaltungsreformen zu erzielen. Einige Reformschritte wurden bereits gesetzt. So werden das Amt für Berufsberatung und das Amt für Berufsbildung zusammengelegt oder die Sozialversicherungen in das Amt für Gesundheit integriert. Die Regierung ist gefordert, weitere Anstrengungen zu unternehmen, um die Landesverwaltung schlagkräftiger zu machen und gleichzeitig die Regierung von sehr vielen operativen Aufgaben zu entlasten.

Mit der Ausrichtung auf Profilschulen und der Schaffung von Tagesstrukturen ist Bewegung in die Bildungsreform gekommen. Wohin soll nach Ihrer Vorstellung die bildungspolitische Reise längerfristig gehen?

Zunächst möchte ich festhalten, dass in den nächsten Jahren die Bildung einen der wichtigsten Reformbereiche darstellt. Als Hochlohnland werden wir im globalen Wettbewerb nur erfolgreich sein, wenn wir eine möglichst gut ausgebildete Bevölkerung haben. In den vergangenen Jahren ging bei den Sekundarschulen leider nicht viel weiter. Die Reform wurde durch die Sachfrage, ob man das dreigliedrige Schulsystem im Sekundarbereich beibehalten oder die Gesamtschule einführen möchte, blockiert. Ich glaube, dass wir diese Blockade lösen können, wenn wir einen Schritt weiter gehen und uns überlegen, was uns helfen könnte, generell mehr Begeisterung und Innovation in den Schulbereich zu bringen. Und da empfinde ich das Projekt Profilschulen als sehr erfolgversprechend.

Wichtig ist, dass dieses Projekt die richtige Richtung einschlägt. Damit das Projekt Profilschulen erfolgreich sein kann, wird es unbedingt notwendig sein, dass weitgehende Schulwahlfreiheit herrscht, und die Schulen frei sind, sich selbst zu organisieren und Profile zu entwickeln, die bei der Bevölkerung Anklang finden. So ein stärkerer Gestaltungsspielraum würde auch die Lehrer mehr begeistern und motivieren. Begeisterte und motivierte Lehrer sind wiederum weit besser in der Lage, auch die Schüler zu begeistern und zu motivieren.

Die Gesundheitspolitik war Anfang Jahr durch den Streit um die Einführung des schweizerischen Tarifsystems Tarmed geprägt. Tarmed ist inzwischen vom Tisch. Was erwarten Sie von der souveränen Weiterentwicklung des Gesundheitssystems?

Aufgrund der Kleinheit des Landes sind wir im Gesundheitsbereich stark vom Ausland abhängig. Unser Spital kann nur in einem beschränkten Mass die Bedürfnisse der Bevölkerung abdecken. Die Weiterentwicklung unseres Gesundheitssystems gehört zu den grössten Herausforderungen der Zukunft. Es ist grundsätzlich sehr schwierig, die Kostenspirale in den Griff zu bekommen. Im Unterschied zu anderen Bereichen spielt im Gesundheitssystem der Markt nicht wirklich. Wir haben Patienten, die immer höhere Prämien zahlen, und wenn sie einmal krank sind, beanspruchen sie optimale Leistungen. Die Ärzte verdienen natürlich besser, wenn sie mehr für ihre Patienten tun, und haben Angst, die Patienten zu verlieren, wenn sie ihnen nicht jeden Wunsch gleich erfüllen. So dreht sich die Kostenspirale immer weiter nach oben.

Man kann dieser Entwicklung längerfristig nur Einhalt gebieten, indem man versucht, den Patienten über hohe Selbstbehalte spüren zu lassen, welche Kosten er wirklich verursacht. Der Patient ist dann gezwungen, sich zu überlegen, ob wirklich alle Leistungen notwendig sind. Allerdings braucht es dann ein Sicherheitsnetz, das chronisch Kranke oder Finanzschwache ausreichend unterstützt.

Wie beurteilen Sie insgesamt die Reformwilligkeit der Koalitionsregierung, des Landtags und der Bevölkerung?

Einige Reformen, die uns ein Stück weiter gebracht haben, wurden bereits umgesetzt. Ich denke dabei zum Beispiel an die Entflechtung der Aufgaben zwischen Land und Gemeinden. Auch die Einführung der Diversion und die Schaffung des Investmentunternehmensgesetzes sind positiv. Vor den grösseren Reformen stehen wir aber erst noch. Dabei denke ich an die Steuerreform, die Reform des Bildungswesens sowie an nachhaltige Reformen der Alters- und Gesundheitsvorsorge. An diesen Aufgaben wird man sehen, wie ausgeprägt die Bereitschaft wirklich ist, grosse Schritte zu wagen.

Für Erzbischof Wolfgang Haas gibt es in der Diskussion um die Entkriminalisierung des Schwangerschaftsabbruches keinerlei Kompromisse. Für die katholische Kirche käme eine «irgendwie geartete Kollaboration bei ergebnisoffener Beratung» niemals in Frage. Durchlaucht, wie werten Sie persönlich solche Aussagen, welche angesichts der wertvollen Tätigkeit der von Ihrer Frau gegründeten Beratungsstelle in Feldkirch ja letztlich auch das Fürstenhaus tangieren?

Ich habe das Gefühl, dass von Seiten des Erzbistums die Sachlage nicht ganz verstanden, sondern mit der Diskussion in Deutschland vermischt worden ist. Dort hat sich die Kirche aus der Pflichtschwangerschaftsberatung zurückgezogen, weil diese mit der Ausstellung eines Scheins verbunden war, der dann die Abtreibung erlaubte. Somit wollte sich die Kirche nicht durch die Ausstellung des Scheines bei jenen Frauen der Mithilfe der Abtreibung verantwortlich machen, die nach der Beratung abtreiben. Dieses Problem stellt sich bei der Beratungsstelle schwanger.li gar nicht. Sie berät einfach, was eine Abtreibung für Folgen hat und was eine Entscheidung für das Kind für Folgen hat. Wenn sich eine Frau für das Kind entscheiden möchte, gibt die Beratungsstelle schnell und unbürokratisch Hilfe, sollte dies notwendig sein.

Wie sehen Sie die künftigen rechtlichen Rahmenbedingungen für die katholische Kirche in Liechtenstein?

Meiner Meinung nach sollten wir Kirche und Staat so weit wie möglich voneinander trennen, sowohl auf Landes- als auch auf Gemeindeebene. Ein erster Schritt in Richtung Trennung von

Staat und Kirche wurde beim Religionsunterricht im Sekundarschulbereich bereits getan. Viele der offenen Fragen sind auf Gemeindeebene angesiedelt und wie zum Beispiel die Bestellung von Priestern oder die Vermögensverhältnisse in den einzelnen Gemeinden sehr unterschiedlich geregelt. Trotzdem wäre es an der Zeit, dass man auch bald einmal auf Gemeindeebene Schritte setzt.

Grundsätzlich bin ich der Meinung, dass eine Trennung sowohl dem Staat als auch der Kirche zum Vorteil gereicht. Anderen Religionsgemeinschaften geht es ja auch nicht schlechter, wenn sie in weit gehend getrennten Verhältnissen leben. Beispiele aus dem Ausland zeigen, dass die katholische Kirche gerade in getrennten Verhältnissen sehr erfolgreich leben kann. Natürlich wird die Umstellung nicht einfach sein. Aber es gibt Möglichkeiten, dabei zu helfen. Vor allem sollten wir uns eine Neuregelung der Finanzierung der Kirche überlegen und dazu gute Lösungen in anderen Staaten genauer ansehen, insbesondere das Modell, das Italien gewählt hat. Dort kann der Steuerzahler bestimmen, ob er einen Teil seiner Steuer lieber der Kirche seiner Wahl zukommen lässt oder einem kulturellen Zweck. Solche Lösungen könnten helfen, eine Trennung verhältnismässig einfach und friktionslos durchzuführen.

Die westliche Gesellschaft und auch Liechtenstein werden zunehmend von Menschen anderer Religion, anderer Kultur und fremder Sprache durchmischt. Inwieweit kann eine solche Entwicklung die Souveränität bzw. die eigene Identität von innen heraus bedrohen und wie kann man am besten gegensteuern?

Ich sehe keine unmittelbare Bedrohung der Identität. Aber es ist aus integrationspolitischer Sicht sicher richtig, wenn wir von den Ausländern, die langfristig im Land bleiben möchten, verlangen, dass sie einerseits die deutsche Sprache erlernen und andererseits bereit sind, unser Wertesystem zu akzeptieren, insbesondere, was die Religionsfreiheit betrifft.

Viele westeuropäische Staaten – und da gehört Liechtenstein bis zu einem gewissen Grad auch dazu – stehen heute vor der Herausforderung, nicht nur Reformen umsetzen zu müssen, sondern auch moralisch zu erstarken. Denn wir sind als Staat nur stark, wenn wir auch moralisch stark sind. Wenn wir unter diesem Aspekt die verschiedenen Kulturen in Europa anschauen, müssen wir feststellen, dass da eine gewisse Entwurzelung von den alten Werten stattgefunden hat. Wir haben uns in den Wohlfahrtsstaaten sehr daran gewöhnt, in einer Vollkasko-Mentalität zu leben. Immer weniger Menschen sind bereit, einerseits Selbstverantwortung und andererseits Verantwortung für andere zu übernehmen.

Die Geschichte lehrt uns, dass sehr erfolgreiche Staaten ab jenem Zeitpunkt zerfallen sind, ab welchem die Moral im Innern zerfallen ist. Ein Staat kann moralisch aber nur so stark sein, wie seine Bürger moralisch stark sind. Darin sehe ich langfristig eine grosse Herausforderung.

Wie sehen Sie die Entfaltungsmöglichkeiten jedes Einzelnen in unserem souveränen Kleinstaat, in dem fast jeder jeden kennt? Bedeutet die Kleinheit der Verhältnisse eher Chance oder Beschränkung der persönlichen Souveränität eines jeden Bürgers?

Ich sehe die Kleinheit eher als Chance, um sich individuell zu entfalten. Es gibt kaum einen Staat, in dem die Stimme des Einzelnen so viel zählt wie bei uns. In Liechtenstein kann man mit 1'000 Stimmen eine Gesetzesinitiative und mit 1'500 Stimmen eine Verfassungsinitiative starten. Das gibt es in keinem anderen Staat.

Natürlich hat man in der Kleinheit, wo jeder jeden kennt, vielleicht stärkere Hemmungen, diese Möglichkeiten zu ergreifen. Aber Beispiele zeigen immer wieder, dass Bürger, wenn sie wirklich ein Anliegen haben, von den gegebenen Möglichkeiten Gebrauch machen. Deshalb glaube ich, dass die individuellen Entfaltungsmöglichkeiten bei uns sehr gross sind. Die Anzahl der Unternehmen pro Einwohner zeigt, dass die Entfaltungsmöglichkeiten im Wirtschaftsleben auch wahrgenommen werden.

Durchlaucht, Sie haben vor zwei Jahren als Stellvertreter des Landesfürsten die Aufgaben des Staatsoberhauptes übernommen. Wie sieht nun Ihre persönliche Bilanz aus?

Ich kann zufrieden auf diese zwei Jahre zurückblicken. Ich hatte das Glück, von meinem Vater sehr gut eingeführt worden zu sein. So konnte ich mich eingehend auf meine Aufgabe vorbereiten. Ausserdem konnte ich mich auf erfahrene Mitarbeiter verlassen. Die Zusammenarbeit mit der Regierung funktioniert gut, und ich bin für die kommenden Jahre sehr zuversichtlich.

Mit welchem Grundgefühl sollte die liechtensteinische Bevölkerung den Staatsfeiertag im Zeichen von 200 Jahren Souveränität begehen? Was wäre Ihr diesbezoglicher Wunsch?

Mein Wunsch wäre, dass sich die Bevölkerung anlässlich dieser Feierlichkeiten bewusst wird, wie erfolgreich wir unseren eigenen Weg gegangen sind. Es würde uns allen nicht so gut gehen, wären wir nicht eigenständig geblieben. Wir sollten uns vergegenwärtigen, dass es auf den verschiedensten Passagen dieses Weges Mut zu unkonventionellen Entscheidungen gebraucht hat. Dies sowohl auf aussenpolitischer als auch auf innenpolitischer Ebene, wo immer wieder mutige Reformen notwendig waren.

Wenn wir in den nächsten 200 Jahren ähnlich grossen Erfolg haben wollen wie in der Vergangenheit, dann dürfen wir uns heute nicht ausruhen und denken, dass jetzt alles von alleine so weitergeht. Das taten unsere Vorfahren auch nicht. Sie haben ständig weitergearbeitet. So ähnlich müssen auch wir uns ständig fragen, wie wir den Staat in den nächsten Jahren und Jahrzehnten durch gezielte Reformen noch optimaler gestalten können. Und wenn die Bevölkerung diese Notwendigkeit zum ständigen Weiterarbeiten sieht, ist schon sehr viel gewonnen.